kurzgefasst

Informationen für die Schulen

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GEW Bezirksverband Weser-Ems

Februar 2023

Gemeinsam

Effektiv

Weiterbilden

Exklusiv in Weser-Ems

Wichtiges - noch kürzer gefasst!

Echt jetzt? Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung und Klassenfrequenzen, Einschränkung von Teilzeit - viel mehr als die vorhandenen Lehrkräfte noch mehr zu belasten, fällt der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz zum Lehrkräftemangel nicht ein 😡.

Gipfel des Zynismus: Zur Stressverarbeitung legt die Kommission den Lehrer*innen Achtsamkeitstrainings nahe - außerhalb der Dienstzeit am Wochenende versteht sich. Liebe SWK, wie wäre es, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Belastung zu reduzieren? Und warum verlieren Sie kein Wort darüber, dass uns die KMK mit systematischen Fehlprognosen zum Lehrkräftebedarf und das Land mit dem Abbau von Studienplätzen und dem Ausbau des Numerus Clausus in Lehramtsstudiengängen über Jahre in die Misere reingeritten hat?

Kolleg*innen, empört und organisiert euch!

Löcher stopfen und Mangelverwaltung – Kompetenzen der Sek-I-Schulen

Melanie Esters

Auf der Herbsttagung der Landesfachgruppe Real-, Haupt- und Oberschulen (RHO) war das alles überschattende Thema der Fachkräftemangel, der sich durch alle Schulformen zieht und keinen Spielraum für Entwicklung lässt.

***Löcher stopfen und Mangelverwaltung kaschieren, das sind die Fähigkeiten, die an Sek-I-Schulen im Moment am meisten gefragt sind*.**

Es wundert daher nicht, dass es bei den Rückmeldungen der Teilnehmenden an Ulrike Rehn, Leiterin des Referates 32 aus dem Kultusministerium, um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Haupt-, Real- und Oberschulen ging. Ein wichtiger Punkt war dabei die Sprachförderung. Es ist dringend geboten, die Stunden für die Sprachförderung zu erhöhen und flexibler zu gestalten. Außerdem benötigt man nach Ansicht der Delegierten in allen Jahrgängen eine Verfügungsstunde. Auch das Thema Berufsorientierung wurde angesprochen, hier sollte es zu einer Angleichung der Stunden in den unterschiedlichen Schulformen bzw. Schulzweigen kommen. Dies würde einiges an Organisation an den Oberschulen erleichtern. Grundsätzlich waren sich die Teilnehmenden darüber einig, dass es zu einer Entbürokratisierung kommen muss. Die Lehrkräfte benötigen Zeit, um sich mit den Schüler*innen und nicht mit Listen ausfüllen zu beschäftigten.

Natürlich stand auch der Koalitionsvertrag als Thema auf der Tagesordnung, da einige Punkte für die Fachgruppe RHO besondere Relevanz haben, dazu zählen u.a.:

- A 13/EG 13: Es stellt sich die Frage, wie künftig mit Funktionsstellen an Sek-I-Schulen verfahren werden soll.
- Einsatz von Fachpraxis- und Praxislehrer*innen: Wie soll der Einsatz geregelt werden und wie soll die Aufgabenverteilung aussehen?
- Erweiterte Einstiegsmöglichkeiten für Quereinsteiger*innen: Hier muss es zu einer erheblichen Verbesserung der Qualifizierungsmöglichkeiten kommen, damit alle profitieren können.

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass es viele Baustellen an den RHO-Schulen gibt, die schnellstmöglich behoben werden müssen. Die Fachgruppe setzt sich weiter für Verbesserungen ein, denn so kann es nicht bleiben.

Kein Scherz! Der April kommt bald!

Jürgen Faber

Für viele Kolleginnen und Kollegen in der Schulsozialarbeit und der Sprachförderung laufen bald die Verträge aus. Sie müssen sich im April arbeitssuchend melden, wenn nicht schnellstens durch Entfristung Abhilfe geschaffen wird.

Was passiert mit den hochqualifizierten Fachkräften aus der Schulsozialarbeit, die mit Geldern aus den „Coronamitteln“ im Landesdienst beschäftigt sind und deren Stellen zum 31.07. auslaufen?
Sie müssen sich schon im April arbeitssuchend melden. Gleiches gilt für die ebenfalls hochqualifizierten Fachkräfte für Sprachförderung. Dort sind laut „BMFSFJ Projekt-Landkarte“ in Niedersachsen 31 Fachberater*innen sowie etwa 700 Sprachförderkräfte in den Kitas beschäftigt.
Diese Verträge enden schon am 30.06.

Alle Stellen sind projektbezogen, aus Bundesmitteln gefördert und sollen laut Koalitionsvertrag verstetigt bzw. ausgebaut werden.

Wenn das Land diese Fachkräfte halten möchte, muss nun sehr schnell gehandelt werden. Wie schwer es ist, Fachkräfte zu bekommen, wissen alle. Das Thema Fachkräftemangel ist zurzeit in aller Munde. Die Lösung kann daher nur sein, die Verträge zu entfristen, um die eingestellten Fachkräfte langfristig in den Schulen und Kitas zu halten. Wir fordern die zuständigen Ministerien auf, im Sinne der Kolleg*innen zu handeln! Einen so schlechten Aprilscherz kann sich das Land Niedersachsen nicht leisten.

Integration von Flüchtlingskindern - Nicht nur auf Kosten der Schwächsten!

Wencke Hlynsdóttir

Integration und Deutschunterricht für Flüchtlingskinder ja bitte - aber nicht auf dem Rücken der Schwächsten! Dies fordert der Arbeitskreis der Schulleitungen der Oldenburger Ober- und Förderschulen in einer aktuellen Stellungnahme. Mit gutem Grund: Zwar erkennen Wirtschaft und Politik inzwischen zunehmend Wert und Bedeutung gelungener Integration.
Doch den schulischen Kraftakt, tatsächlich immer mehr Flüchtlingskinder etwa aus Afghanistan, Syrien oder der Ukraine in das hiesige Schul- und Ausbildungssystem zu integrieren, leisten im allgemeinbildenden Bereich derzeit vor allem Förder-, Ober- und Gesamtschulen (Daten für den 5. Jahrgang siehe unten).

Sprachlernklassen an Gymnasien und Gesamtschulen wurden bereits im vergangenen Schuljahr geschlossen, weiß Sven Winkler, Sprecher des Arbeitskreises. Die Gymnasien nehmen seitdem nur noch Schüler*innen ohne Deutschkenntnisse auf, wenn absehbar ist, dass sie das Abitur erreichen. In den Gesamtschulen herrscht seither Aufnahmestopp für neu zugezogene Sprachschüler*innen. Für die weitaus meisten Flüchtlingskinder bleibt demnach also vor allem der Weg in die Oberschule. By the way, wir sprechen aktuell an dieser Schulform von einer landesweiten Unterrichtsversorgung von 93,1 %.

Dort aber stehen Lehrkräfte schon im Normalbetrieb vor ungleich kräftezehrenden Herausforderungen: Nicht nur müssen sie im binnendifferenzierten Unterricht ganz unterschiedlichen Leistungsniveaus innerhalb einer Lerngruppe gerecht werden.
In denselben Lerngruppen sollen sie nach Maßgabe der erwünschten Inklusion auch Kinder mit individuellem Förderbedarf angemessen unterrichten.
„Der Anteil mit festgestelltem sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf [an den Oberschulen] liegt in den Jahrgängen 5 bis 10 bei ca. 18 % und ist in den unteren Jahrgängen erheblich höher. Im Vergleich mit den Integrierten Gesamtschulen [ca. 10,5%] und Gymnasien [ca. 0,5%] ist der Anteil auffallend hoch.“ (siehe auch buergerinfo.oldenburg.de)
Dass derart geforderte Lehrkräfte darüber hinaus noch zugewanderte Schüler*innen in den Unterricht einbinden sollen, die die Unterrichtssprache kaum oder gar nicht beherrschen, ist eine nicht mehr hinnehmbare Belastung.

Schulform Familiensprache	FöS	OBS	IGS	Gym	Summe
Deutsch	24	101	291	493	909
Sonstige	3	35	32	41	111
Arabisch	3	26	48	23	100
Kurdisch/ Kurmandschi	5	60	17	12	94
Russisch	1	9	12	15	37
Ukrainisch	1	2	3	15	21
Summe Schüler*innen	37	233	403	599	1272
davon nichtdeutsche Familiensprache	13	132	112	106	363
Anteil nichtdeutsche Familensprache	35,1 %	56,7 %	27,8 %	17,7 %	28,5 %

Damit nicht genug. Als Folge sehen die Schulleiter*innen Risiken heranwachsen, die weit über Schule und Ausbildung hinausreichen: Zugewanderte, deren Spracherwerb wegen mangelnder Förderung unzureichend ist, haben demnach vermehrt Probleme beim Übergang in Berufsausbildung oder weiterführende Schulen. Mangelnde Sprachkenntnisse führen in gesellschaftliche Abseitspositionen. Gesellschaftliche Teilhabe wird damit sozial, kulturell und wirtschaftlich immer schwieriger. Die gewünschte gelungene Integration, nach der etwa erfolgreich ausgebildete junge Menschen in ihrer Ausbildungsregion beruflich tätig werden und zur positiven wirtschaftlichen Entwicklung beitragen, ist so nicht möglich.
An den betroffenen Schulen laufen zudem nicht nur Sprachschüler*innen Gefahr, unzureichend gefördert zu werden. Durch die zusätzliche Arbeit bleibt Lehrkräften auch weniger Kraft und Zeit, erfolgreiches Lernen für Regelschüler*innen zu ermöglichen. Schlechtere Abschlüsse gehören damit auch für sie zu den Risiken des überlasteten Lehrbetriebs. Auch ihr Übergang in eine Ausbildung oder weiterführende Schulen wird schwieriger.

„Die Chancenungleichheit für unsere Schülerinnen und Schüler verschlechtert sich weiter“, folgern die Schulleiter*innen. Tatsächlich zeigen die Erfahrungen an Oldenburger Oberschulen nach den Ausführungen des Arbeitskreises, dass Schülerinnen und Schüler dort ohnehin schon schlechtere Lernbedingungen durch ungünstigere soziale und wirtschaftliche Voraussetzungen haben. Auch deshalb sei der Anspruch an die pädagogische Arbeit hier weitaus höher als an anderen Schulformen.

Für die offenkundig so wichtige wie kräftezehrende Aufgabe nimmt die Politik ausgerechnet die Schulform in die Pflicht, die vermehrt von denen besucht wird, die bereits benachteiligt sind.

Die Integration geflüchteter Kinder und Jugendliche ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf nicht auf ohnehin bereits arg belasteten Schultern abgeladen werden.
Seitens der GEW unterstützen wir daher den mittlerweile umgesetzten Wunsch des Arbeitskreises, einen „Runden Tisch“ unter Beteiligung der Stadt, Vertreter*innen der Oberschulen Gesamtschulen und Gymnasien, der Dezernate 2 und 3 des Regionalen Landesamtes einzurichten, um die Situation für alle Beteiligten zu optimieren und Ungerechtigkeiten zu minimieren. Auch in anderen Regionen wäre ein gemeinsames Herangehen an aktuelle Problematiken wünschenswert!

*Quelle: Bericht „Schülerinnen- und Schülerstatistik/ Klassenstatistik der allgemeinbildenden Schulen: Schuljahr 2022/2023 - **5. Jahrgang** - Stadt Oldenburg*

Diesmal im Interview: **Martin Baurmann**, seit September 2022 neu im SBPR

Martin ist im Schulbezirkspersonalrat zuständig für Gymnasien und Gesamtschulen und erreichbar unter martin.baurmann@gewweserems.de

Hallo, Martin, Du bist seit September neu in den Schulbezirkspersonalrat nachgerückt. Magst Du Dich kurz vorstellen?
Gerne. Mein Name ist Martin Baurmann, ich bin 55 Jahre alt. Als ich 1987 Abitur machte, hatte ich eigentlich vor, nicht mehr in die Schule zurückzukehren, aber nach meinem Zivildienst in einem Heim für geistig behinderte Menschen, nach meinem Mathematik-Diplom-Studium und einigen Jahren in der Wissenschaft habe ich 2007 doch den Quereinstieg ins Lehramt gewagt und war zunächst am Mariengymnasium Jever tätig, wo ich auch 12 Jahre im Schulpersonalrat mitgewirkt habe. Im letzten Jahr bin ich zum Lothar-Meyer-Gymnasium in Varel gewechselt und unterrichte dort weiter-hin Mathematik und Informatik.
Zu Beginn meiner Lehrertätigkeit bin ich in die GEW eingetreten und gehe gerne zu den Veranstaltungen von meinem Kreisverband (KV Friesland) und dem Bezirk, weil ich die Diskussionen dort als motivierend empfinde und sie mir Mut machen.

Warum hast du dich für die Wahl zum Schulbezirkspersonalrat aufstellen lassen?
Ehrlich gesagt zunächst nur, weil ich einen kleinen Beitrag dafür leisten wollte, die GEW zu unterstützen. Die ersten zwei Male, als ich mich habe nominieren lassen, habe ich mir noch versichern lassen, dass ich weit genug hinten auf der Liste stehe, um nicht in den SBPR nach Osnabrück zu müssen, weil ich – vor allem aus familiären Gründen – den Zeitaufwand scheute. Als aber im letzten Mai der Anruf kam, dass ich für Stefan Störmer in den SBPR nachrücken könnte, habe ich schnell gewusst, dass ich diese Gelegenheit nicht verstreichen lassen will.

Was hat dich in den ersten Monaten am meisten beeindruckt?
Normalerweise müsste ich an dieser Stelle sagen: Die engagierte Arbeit, die die Mitglieder des SBPR leisten, aber davon habe ich über die Jahre als Schulpersonalrat schon einen detaillierten Eindruck gewonnen, so dass ich jetzt nicht überrascht war.
Vielleicht hat mich in den ersten Monaten am meisten beeindruckt, dass die Zusammenarbeit zwischen Behörde und SBPR in der Regel sehr konstruktiv ist. Häufig lassen sich auch in schwierigen Fällen Lösungen finden, die für die Kolleginnen und Kollegen günstig ausfallen.
Das heißt natürlich nicht, dass es uns gelingt, jeden Versetzungsantrag durchzuboxen und jede heikle Abordnung abzuwehren, aber wenn nicht zwingende sachliche Gründe dem Anliegen der Kolleginnen und Kollegen entgegenstehen, treffen wir eigentlich immer auf einen relativ großen Gestaltungsspielraum.

Gibt es einen besonderen Fall, den du bereits begleitet hast?
Naja, das relativiert etwas meine Antwort auf die letzte Frage. In dem Fall, an den ich denke, hätte ich anfangs für den betreffenden Kollegen gerne mehr erreicht. Das Ergebnis des Behördengesprächs war zwar erwartbar, aber mit dem Verlauf des Gesprächs war ich nicht glücklich. Es ging um einen Kollegen, der sich in der Öffentlichkeit unvorsichtig über den Lehrerberuf als solchen geäußert hatte. In mehreren Gesprächen habe ich den Kollegen als einen Menschen kennengelernt, der seine eigenen Interessen immer hinten anstellte. Als ich dann auch noch erfuhr, mit welchen Schwierigkeiten sich der Kollege in seinem privaten Umfeld auseinandersetzen musste, war ich von dessen Haltung und seinem Einsatz für seine Schülerinnen und Schüler umso mehr beeindruckt, auch wenn ich mit ihm inhaltlich nicht immer auf einer Linie lag.
Über diesen Fall habe ich mir lange Gedanken gemacht. In den letzten Tagen habe ich gehört, dass der Fall eine sehr gute Wendung zu nehmen scheint, was mich unheimlich freut.

Blick in die Zukunft: Welche Vorstellungen, Perspektiven, Wünsche hast du an deine Mitarbeit im SBPR?
Mir fallen drei Sachen ein: Zunächst möchte ich für die Kolleginnen und Kollegen erfolgreich sein und mit ihnen zusammen Lösungen für Probleme finden, die vielleicht auch mal sehr vertrackt sein können.
Schulpolitisch würde ich gerne Impulse setzen, dass wir Lehrerinnen und Lehrer uns mit der aktuellen pädagogischen Krise auseinandersetzen können. Ich finde, dass dadurch, dass andere Problembereiche seit Jahren die Diskussionen bestimmen (Corona, Lehrkräftemangel, eine nicht ausreichend durchdachte Digitalisierung) unsere Schülerinnen und Schüler und ihre Belange als Menschen etwas aus dem Blick geraten sind.
Für mich persönlich bin ich glücklich, dass ich im letzten Drittel meiner Berufstätigkeit noch einmal mit ganz neuen Aufgaben konfrontiert bin und ich wünsche mir, im SBPR eine Menge lernen zu können.

Informationen für pädagogisches und therapeutisches Fachpersonal an Förderschulen

Themen u.a.:
- Vollbeschäftigung von pädagogischen und therapeutischen Fachkräften
- dynamische Zulage für therapeutische Fachkräfte (Sachstand)
- Tarifrunde 2023
- Austausch von Fragen und Problemen in der eigenen Schule

Referent: Roland Schörnig (stellv. Vorsitzender des SBPR und Mitglied im Vorstand der Fachgruppe PTTF)
Kosten: Für GEW-Mitglieder ist die Veranstaltung kostenlos. Nichtmitglieder zahlen einen Beitrag von 5,- € für Kaffee und Tee und Kekse/ Kuchen

3 Termine im Angebot:

- Aurich am 28.02.2023
- Osnabrück am 20.03.2023
- Oldenburg am 23.03.2023

Jeweils in der Zeit von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

Anmeldung unter Oldenburg@aul-nds.de bis eine Woche vorher

„Selbstbewusst durch Körpersprache“

Ob im Seminar, beim Vortrag oder in einer Prüfung: Früher oder später kommen wir alle einmal in die Situation, uns als Sprecher*in vor einem Publikum/ einer Klasse beweisen zu müssen.
Dabei wird die Wirkung eines Vortrages jedoch nur zu etwa 10% durch den Inhalt erzielt. Körpersprache und Stimme entscheiden darüber, ob und wie wir ankommen.
Denn Körpersprache ist mehr, als das Unterstreichen meiner Worte durch Gesten. Körpersprache beginnt mit der Haltung, dem sicheren Auftreten und dem Bewusstsein über die persönlichen automatischen Bewegungen.
Darum werden wir uns in dem Seminar damit beschäftigen, die eigene Körpersprache wahrzunehmen, zu nutzen und zu verstärken. Wir werden über die Körpersprache die Stimme stärken und ihr mehr Resonanz geben. Und wir werden durch gezielte Übungen lernen, durch die Körpersprache unseren Alltag selbstsicherer und charismatischer zu gestalten.

Termin: 13. Mai 2023 10:00 bis 13:00 Uhr

Referent: Manfred Bekker

Ort: **Uni Oldenburg**

Für GEW-Mitglieder kostenlos, Für Nicht-Mitglieder: 20 €

Anmeldung unter:
kevin.mennenga@aul-nds.de bis zum 04.05.2023

Internationaler Frauentag am 08. März
Rathausmarkt Oldenburg
Nachmittagsprogramm

… und am **Freitag, den 10. März** 2023 von 18.30 – 21.30 Uhr

Einladung

zu einer kurzweiligen und gemütlichen literarischen
Lesung zum Weltfrauentag vom Referat Frauenpolitik
in der Geschäftsstelle (Staugraben 4a, Oldenburg) oder digital

Die **Oldenburger Schauspielerin und Coachin Stephanie Trapp** bietet eine bunte Mischung aus Portraits und Texten von couragierten, kämpferischen und unbequemen Frauen, die ihre Stimmen erheben oder erhoben haben, um für die Frauenrechte einzutreten. Rechte, auf die man ständig aufpassen muss, da sie leider nicht in Stein gemeißelt sind!

Anmeldung erforderlich bis zum 06.03.2023 unter:
karen.eberhard@gewweserems.de
(Bitte angeben, ob Teilnahme in Präsenz oder digital!
Der digitale Zugang erfolgt nach Anmeldung.)

PR Info

//***Corona-Testangebot endet eine Woche nach den Osterferien

Schüler*innen sowie Beschäftigten stehen noch bis zu den Osterferien zwei Tests pro Woche pro Person für freiwillige - insbesondere anlassbezogene - Tests zur Verfügung Die dafür benötigten Tests werden über die Schulen bestellt und ausgegeben. Die Teilnahme an schulischen Testungen ist freiwillig.

//***Elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU)

Ab dem 01.01.2023 entfällt für gesetzlich krankenversicherte Beschäftigte und gesetzlich krankenversicherte Beamt*innen die Pflicht zur Vorlage der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (AU) beim Arbeitgeber. Die Pflicht zur Mitteilung der Arbeitsunfähigkeit inklusive voraussichtlicher Dauer bleibt bestehen. Die Arztpraxen bzw. Kliniken werden in Zukunft Zeiträume von attestierten Arbeitsunfähigkeiten an eine Servicestelle der GKV übermitteln. Das jeweilige RLSB kann von dort die AU elektronisch abrufen. Das setzt voraus, dass die Schule das RLSB unverzüglich über die Krankmeldung und darüber, dass ein Arzt eine Arbeitsunfähigkeit attestiert hat, informiert. Nach der Genesung ist dem RLSB der Dienstantritt zu melden.

Wichtig: Für privat krankenversicherte Beamt*innen sowie freiwillig privat krankenversicherte Beschäftigte bleibt es bei dem bisherigen Verfahren.

//*** IQB-Bildungstrend 2021

Die Kompetenzen der Viertklässler*innen in den Fächern Deutsch und Mathematik haben sich auch in Niedersachsen erkennbar verringert. Besonders besorgniserregend wird wahrgenommen, dass der Anteil der Schüler*innen, die den Mindeststandard nicht erreichen, deutlich zugenommen hat. Das Kultusministerium plant nun, perspektivisch die Stundentafel der Grundschule zugunsten der Fächer Deutsch und Mathematik zu erweitern und eine Anpassung der KC vorzunehmen. Zudem soll eruiert werden, welche lernfördernden Maßnahmen im Primarbereich umgesetzt werden können und wie mit den Grundlagen bereits im Elementarbereich stärker begonnen werden kann. Auch sollen Fragen der Qualitätsentwicklung und der Rolle von fachfremd erteiltem Unterricht in den Blick genommen sowie Fortbildungsangebote ausgebaut werden. Geplant ist zudem, das landesweite Bildungsmonitoring auszubauen, um gesicherte Daten für die Steuerung und gezielte Entwicklung von Maßnahmen zu erhalten.

//***Einführung digitaler Endgeräte

Laut Ministerin Hamburg plant die Landesregierung nicht, den Primarbereich bei der Ausstattung mit digitalen Endgeräten zu berücksichtigen. Es werde bei den Einführungsszenarien explizit um weiterführende Schulen (zunächst ab Jahrgang 8) gehen. Zudem bemühe sich die Landesregierung auch, im Fortsetzungsprogramm zum DigitalPakt die Beschaffung von Schülerendgeräten vorzusehen. Aktuell sollten die Schulen, so die Ministerin, ihre digitale Ausstattung ohne vom Land finanzierte Schülerendgeräte planen.

//*** Nichts Genaues weiß man nicht, aber 2024 soll die Anhebung auf A 13/ E13 bzw. A 10/ EG 9b kommen!

Laut GEW Landesrechtsstelle besteht dann die Möglichkeit, dass die Umsetzung der Besoldungserhöhung unmittelbar ruhegehaltsfähig sein könnte. Dies wäre dann der Fall, wenn in einem Gesetz zur Verbesserung der Besoldung, die Einstiegsämter aller nds. Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen vereinheitlicht würden, dahingehend, dass einheitlich die Laufbahngruppe 2 Bildung, zweites Einstiegsamt maßgeblich wäre.

//***15 Vorschläge gegen den Lehrkräftemangel

Die GEW Bund hat fünfzehn Vorschläge an die Politik gerichtet, um dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken. Sie sind zu finden unter www.gew.de/15-punkte-gegen-lehrermangel. Die Seite enthält auch eine Übersicht, in welchen Bundesländern der Fachkräftemangel besonders hoch ist. Eine sichergestellte Versorgungssituation ist für kein Bundesland festzustellen.

kurzgefasst ist eine Publikation des GEW-Bezirksverbands Weser-Ems

Auflage: 33.000 Exemplare
Verantwortlich: Wencke Hlynsdóttir, Birgit Ostendorf
Redaktionelle Mitarbeit: Sabine Nolte, Stephan Schuder, Ole Töns
Layout: Wencke Hlynsdóttir
Bildnachweise: S.1: DGB, S. 2: Alexa über pixabay, S. 4: GEW BV Weser-Ems
GEW Bezirksverband Weser-Ems
Staugraben 4a, 26122 Oldenburg
www.gewweserems.de *info@gewweserems.de

gedruckt auf 100% Recyclingpapier

GEW_WESER_EMS

Folgt uns auf Instagram